

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bekleidgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Lauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10gelte Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg.
Stellenangebote 10 gels. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 gels. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 M. Inzerate u. ausw.: die 10 gels. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorrat. 50 Pfg. Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Der Preis für die Rheinlandräumung

Frankreich-Deutschland

Die außenpolitische Senatsdebatte — Briand an Stresemann

SPD. Paris, 2. Februar. (Eig. Drahtber.)

Im weiteren Verlauf der Senatsdebatte sprach Senator de Jouvenel über die ungarische Waffenschlebung. Die Kleine Entente habe sich erst einen Monat nach dem Zwischenfall von St. Gotthard an den Völkerbund gewendet. Inzwischen seien die Maschinenwerke in dem beschlagnahmten Eisenbahnwagen durch altes Eisen ersetzt worden. Gleichzeitig erfahre man heute, daß die angehaltene Sendung bereits die zehnte ihrer Art war. Warum — so fragt er — habe Frankreich nicht sofort den Völkerbundrat angereufen, zumal diese Affäre das ganze Problem der Abrüstung und der Sicherheitsgarantien aufwerfe. Jouvenel äußert sich dann noch zu der Räumung des Rheinlandes und fordert, daß diese Frage zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden müsse. Die französische Rheinlandpolitik werde nur dann erfolgreich sein, wenn sie die Sicherheit Frankreichs über das Jahr 1935 hinaus garantiere. Der folgende Interpellant, der rechtsstehende Senator Chebenoit, sprach über die Kontrolle der demilitarisierten Rheinzone, die durch die Artikel 42 bis 44 des Friedensvertrages eindeutig geregelt sei. Wenn Herr Stresemann eine Kontrolle der Rheinlandzone nach dem Jahre 1935 ablehnen wolle, so sei das unannehmbar.

Dann ergriff der französische Außenminister Briand das Wort. Er führte u. a. aus: „Ich bleibe dabei, daß man, wenn man den Frieden will, nicht vor dem Wort Frieden Angst haben darf. Man muß öfter vom Frieden als vom Krieg sprechen. Die Menschheit hat im allgemeinen niemals den Frieden so hoch eingeschätzt, und die vom Frieden sprechen, haben kaum jemals Ermüdung erfahren. Man hat sie vielmehr verhöhnt. Die Nationen hielten sich an die Formel: „Wenn du den Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor.“ Ich fürchte, daß diese Formel nicht sehr wirksam gewesen ist, wenn ich nach den blutigen Spuren urteile, die ich auf allen Seiten der Geschichte bemerke. Als ich in mein Arbeitszimmer Gruppen junger Leute eintraten, die alle die furchterlichsten Verletzungen aus dem Kriege trugen, und als ein junger, blinder und armer Oesterreicher auf mich zukam und mir erklärte: „Lassen Sie sich nicht von Ihrem Werk abbringen, ich sage Ihnen das im Namen von 5000 Kriegsverletzten“, da habe ich in mir die Fähigkeit gefühlt, gewisse Angriffe gegen mich zu misshandeln. Der Vertrag von Versailles kann nur im Einverständnis aller Parteien abgeändert werden. Man darf also nicht von Heuchelei sprechen. Nach dem Versailler Vertrag ist die Rheinlandbesetzung aus drei Gründen vorgenommen worden. 1. Wegen der Kriegsbeschuldigten, auf deren Bestrafung man verzichtete, 2. wegen der Entwaffnungsfrage, und 3. wegen der Reparationsfrage.

In Thoiry habe ich zu Stresemann gesagt: „Regeln wir doch diese Angelegenheit, ohne aus dem Rahmen des Vertrages herauszutreten. Sie wünschen die vorzeitige Räumung, also müssen Sie entwaffnen und die Mittel ins Auge fassen, durch die Sie Ihre

Reparationszahlungen früher leisten können.“ Die Entwaffnungsfrage ist jetzt geregelt und Stresemann hat mir hinsichtlich der letzten Frage erwidert, er werde sie mit den Finanzfachverständigen prüfen und Vorschläge unterbreiten. Diese Vorschläge habe ich aber niemals erhalten. Also ist die Frage der Kompensationen für die vorzeitige Räumung seit Thoiry, obgleich ich sie selbst damals gestellt habe, nicht weiter gekommen. Stresemann sagte im Reichstag: „Wir werden nichts über den Rahmen des Versailler Vertrages hinaus zugelassen.“ Ich verlangte das von ihm auch gar nicht. Hier handelt es sich um ein Gesetz. Deutschland ist ein wirtschaftlich durchgebildetes Land und wird schon Mittel finden, um im Rahmen des Versailler Vertrages zu einem Resultat zu kommen. Was die Sicherheit anlangt, so ist es gewiß, daß der Versailler Vertrag nach dieser Richtung hin Garantien gewährt. Aber nach funktionieren. Es handelt sich hierbei nicht um eine Kontrolle 1925 muß der Versailler Vertrag in der entmilitarisierten Zone über Hunderte von Kontrollbeamten. Der vorgesehene Garantiemechanismus muß eben spielen, und zwar in dem vom Völkerbund vorgesehene Rahmen. In diesem Geiste will ich mit den Vertretern Deutschlands verhandeln. Aber bei gemeinsamem gutem Willen werden wir schon zu einem befriedigenden Ergebnis kommen. Wenn wir Franzosen das Rheinland verlassen können, werden wir es gerne tun. Unser Volk weiß sich zu schlagen, das hat es bewiesen. Aber es ist kein Volk, das gern eine Besetzung durchführt. Wir werden deshalb, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet, gerne unsere Geneigtheit zu einer Annäherung an Deutschland zeigen. Wenn dann die entmilitarisierte Zone gesichert ist, ist das ganze Problem gelöst.“

Finanzpolitik für die Bourgeoisie

Poincaré in der Kammer

SPD Paris, 2. Februar.

Am Donnerstag hat Ministerpräsident Poincaré endlich das Wort zu seinem Rechenschaftsbericht über seine Finanzpolitik ergreifen. Seine Rede brachte keine Sensation. Sie war rein professionaler, akademischer Natur.

Poincaré begann mit einem rhetorischen Rückblick auf die Finanzlage, wie er sie bei seinem Amtsantritt vorgefunden hatte. Im Interesse des Burgfriedens verzichtete er dabei auf jede Kritik, die etwa den radikalen Stützen der nationalen Einheit hätte wehtun können. Dafür hielt er sich aber an den Sozialisten Schablos, Ramentlich Leon Blum und Vincent Auriole bildeten die Felsenspitze für die ironischen Ausfälle Poincarés. In spaltenlangen Ausführungen zitierte er ihre Reden und Artikel, um dann jedesmal nicht ohne Selbstgefälligkeit festzustellen, daß er selbst mit anderen Mitteln zum Erfolge gekommen sei. Diese Erfolge seien Gleichgewicht im Budget und Aufwertung des Franken auf 125 gegenüber dem Pfund. Sein Werk habe sich ohne Störung vollzogen, obwohl er keineswegs die Hilfe des Auslandes in Anspruch genommen habe. Die Aufgaben seien noch nicht vollendet, aber die jetzt schon erzielten Resultate seien sehr bedeutend.

Das Vertrauen sei zurückgekehrt und zwar in einem Maße, daß, wie Poincaré wörtlich sagte, die Regierung das englische Pfund unter 100 Franken hätte heruntertreiben können, wenn sie nicht auf die Bedürfnisse der Arbeiterschaft und der Industrie Rücksicht genommen hätte.

Der Ruhhandel und das Schulgesetz

SPD Berlin, 3. Februar. (Radio.)

Die Versuche, eine Einigung über die strittigen Punkte des Reichsschulgesetzes herbeizuführen, sind, wie die Germania meldet, auch am Donnerstag unter Beteiligung von Marx zwischen einzelnen Ministern der Regierungskoalition fortgesetzt worden. Ein Ergebnis wurde aber auch dabei nicht erzielt. Die Germania erwartet jetzt vielmehr, daß die Volkspartei nunmehr bald sagt, was sie will, zumal ihr Führer Stresemann schon in den nächsten Tagen einen Erholungsurlaub antritt und bis dahin unbedingt eine Klärung herbeigeführt sein muß.

Allerhand Femegegeschichten

Wie eine Berliner Korrespondenz mitteilt, haben Oberleutnant a. D. Schulz, der augenblicklich wegen eines Nierenleidens in das Lazarett des Untersuchungsgefängnisses Moabit gebracht worden ist, sowie Klapproth, Fuhrmann und Umhofer das Wiederannahmeverfahren beantragt, und zwar die drei letzten mit der Begründung, sie könnten den Nachweis führen, daß sie bei der Ermordung des Feldwebels Wilms überhaupt nicht zugegen gewesen seien. Die vier Bezugsbehalten haben ferner eine gerichtliche Entscheidung verlangt, ob sie von der Justiz als politische Gefangene zu betrachten seien oder nicht.

Auf Ersuchen des Untersuchungsrichters in Stettin wurde der Kaufmann Robert Schulz in Nordhausen verhaftet, der im

Verdacht steht, an den Fememorden in Pommern Anteil gehabt zu haben. Schulz war im Kriege Offizier, gehörte dann der Truppe Kossak an und war zur Zeit der Fememorde mit ihr in Pommern. Die Untersuchungen schweben noch. Gleichzeitig mit Schulz ist eine Reihe weiterer Personen verhaftet worden.

Festgenommen und nach Stettin in Untersuchungshaft gebracht wurde der Administrator und Amtsvorsteher Bergfeld. Diese Verhaftung soll mit der angeblichen Ermordung eines Hochhagers in Rosenfeld zusammenhängen. Sämtliche Beschuldigten — die Verhaftung steht in Zusammenhang mit der schon gemeldeten Festnahme des angeblichen Täters, Kaufmann Helme, — geben an, von einem Mord in Rosenfeld nichts zu wissen. Die im Rosenfelder Wald vorgenommenen Nachgrabungen nach der Leiche des angeblich Ermordeten sind bisher ergebnislos geblieben.

Lorenz als Nachfolger Niedners

SPD Der Reichsrat stimmte am Donnerstag auf Antrag des zuständigen Ausschusses dem Vorschlag der Reichsregierung zu, dem Reichspräsidenten den Reichsgerichtsrat Karl Lorenz als Nachfolger des Senatspräsidenten Niedner zu benennen. Dabei wurde festgelegt, daß der Reichsrat oder der Reichspräsident selbstverständlich nicht darüber zu verfügen hätten, wie der neue Senatspräsident am Reichsgericht zu verwenden sei; das sei ausschließlich Sache des Präsidiums des Reichsgerichts.

Vom Spion zum „Landesverräter“

„Reichswehr-Denkchriften“ aus Wahrheit und Dichtung

Schred wurde gestern vom 5. Senat des Reichsgerichts zu 5 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. (Urteilspruch und Begründung siehe 2. Seite des Hauptblattes.)

Mit diesem Urteil wird ein Landesverratsprozeß abgeschlossen, dessen Voruntersuchung zweieinhalb Jahre dauerte und der jetzt rund vier Wochen lang das Reichsgericht beschäftigt hat. Diese vierwöchigen Verhandlungen sind an Sensationen reich gewesen. Wenn durch sie zwar die geheimen Dinge, die sich hinter den Kulissen der politischen Dossinierei abspielten, nicht ausgeklärt worden sind, so fielen durch die Beweisaufnahme doch grelle Schlaglichter auf sie. Der Landesverratsprozeß gegen Schred und Genossen gab einen Auschnitt aus jener „nationalen“ Tätigkeit, für die die Regierungen aller kapitalistischen Staaten stets gefüllte Kassen zur Verfügung haben und auf die sie im „nationalen Interesse“ nicht verzichten zu können glauben. Diese „nationale“ Tätigkeit heißt Spionage. Jede Regierung betreibt sie — wird aber in dem von ihr beherrschten Lande der Spion einer anderen Macht erwischt, dann schlägt sich die ganze nationalstische Presse heuchlerisch an die Brust: „Wir danken Gott, daß wir nicht sind wie die andern!“ Der Spion wandert ins Zuchthaus — während des Krieges wurde ihm eine Angel in das Fleisch gejagt — und das Geld der Regierung sucht und findet einen andern armen Teufel oder einen abgefeimten „nationalen“ Mann, der sich gleichzeitig von mehreren bezahlen läßt und sich bemüht, die Ansprüche „zweier Herren“ zu befriedigen.

Der Hauptangeklagte Schred hat sich während des Krieges in der Schweiz als deutscher Spion betätigt. Ihm dankte es die Regierung, daß in Bayern die französische Nachrichten-spionagezentrale aufgehoben wurde, wodurch einige Mißspieler zu über dreißig Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Neben einer klingenden Belohnung erhielt der Spion Schred das bayrische König-Ludwigs-Kreuz. Mit einem deutschen Hauptmann hat er dann Sprengstoffe aus Bayern an die Schweizerrückfrontalitalienische Grenze geschmuggelt. Mit diesem Sprengstoff sind kurz darauf zwei große italienische Schiffschiffe in die Luft gesprengt und einige Hunderte von Marinesoldaten zerstört worden. Alle diese „vaterländischen“ Dienste brachten Schred sehr viel Geld ein.

Außer mit barem Gelde bezahlte die deutsche Regierung noch mit Einfuhrscheinen, von den er einen für 17 000 Goldmark loszuschlagen konnte. Mit dem Essen kam aber bei Schred der Appetit. Er begann seine Auftraggeber mit Dokumenten, die er selber anfertigte, zu beliefern, um sein Einkommen zu steigern; wurde Kriegsschleier und Kriegsgewinnler und hatte im Jahre 1918 bereits ein Vermögen von mehreren Hunderttausend Mark. Er, der knapp fünf Jahre vorher fast mittellos nach der Schweiz gekommen war! Als Schred von der Schweizer Regierung wegen Neutralitätsbruchs und Sprengstoffvergehens verhaftet wird, weiß er sich mit Hilfe deutscher Behörden auf abenteuerliche Weise aus dem Gefängnis zu befreien und aus der Schweiz zu fliehen.

Er läßt sich in Bayern nieder. Wird Großgrundbesitzer und ist natürlich ein sehr nationaler Mann. Feind der Revolution, gründet er, als die Reaktion Morgenluft witterte, in 32 Gemeinden gegenrevolutionäre Einwohnerwehren, was ihm die reaktionären Kreise damit danken, daß sie Schred zum Gemeinderat, dann zum Kreisrat und schließlich zum Kreisvorsitzenden der Bayerischen Volkspartei in der Oberpfalz machen. Mit nationalstischen Führern und völkischen Erneuerern steht er sich gut. Sein leichtes Leben, die Inflation und die Stabilisierung hat dann der Herrlichkeit ein Ende gemacht: sein Vermögen schmolz wie der Schnee in der Sonne.

Aber das Leben gestiel Schred! Er wollte es weiter leben. Was lag da näher, als auf dem Gebiete, auf dem er, der „Nationale“, Fachmann war, weiterzu „arbeiten“. Also fällte Schred wieder Dokumente. Daß sie sich jetzt nicht mit militärischen Dingen irgendeiner ausländischen Macht beschäftigen und nicht an Deutschland verkauft wurden, sondern daß sie von militärischen Dingen in Deutschland, und zwar von sehr konkreten Dingen handelten und an den polnischen Generalstab verkauft wurden — das hat dem Spion der deutschen kaiserlichen Regierung das Genid gedrohen! Schred, der einen großen und sehr nationalen Bekanntheitskreis hatte, wußte von allerlei Fäden, die zwischen den rechtsradikalen Organisationen und der Reichswehr liefen. Ja, er wußte mehr: Er hatte — teilweise wenigstens — genaue Kenntnis von den Plänen, mit denen man sich im Reichswehrministerium zum Zwecke einer Aufrüstung, zum „Ausbau der Landesverteidigung“ und für eine Mobilmachung beschäftigte. Was lag da für ihn näher, als diese Kenntnisse zu verwerten und Geld aus ihnen zu schlagen? Er tat es und entwickelte dabei eine solche Fertigkeit, daß selbst die Herren aus dem Reichswehrministerium ihr Erstaunen nicht verbergen konnten, daß ein Mann, der nie Soldat gewesen ist, so genau Bescheid weiß und die neueste militärische Terminologie so vollständig beherrscht, wie Schred in seinen Dokumenten. Ja,

STADT. BÜCHEREI UND LESERSALLE DRESDEN